



die klima-allianz
Grüner Aufschwung – neue Jobs
August 2009

Kurzbericht

Eine Erhebung von Infratest dimap, Berlin im Auftrag der Klima-Allianz

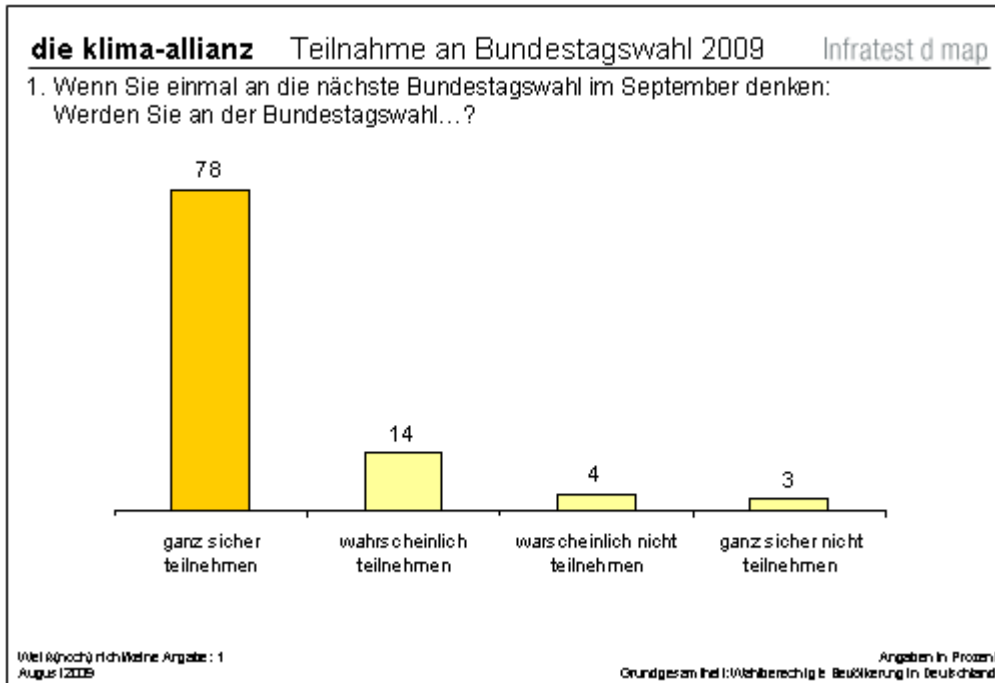
Ihre Ansprechpartner:

Richard Hilmer
Thorsten Spengler

 030 / 533 22 115
 030 / 533 22 205

67.10.105462
Berlin, August 2009

Viereinhalb Wochen vor der Bundestagswahl sind sich drei Viertel der Wahlberechtigten (78%) sicher, dass sie an der Wahl teilnehmen werden.

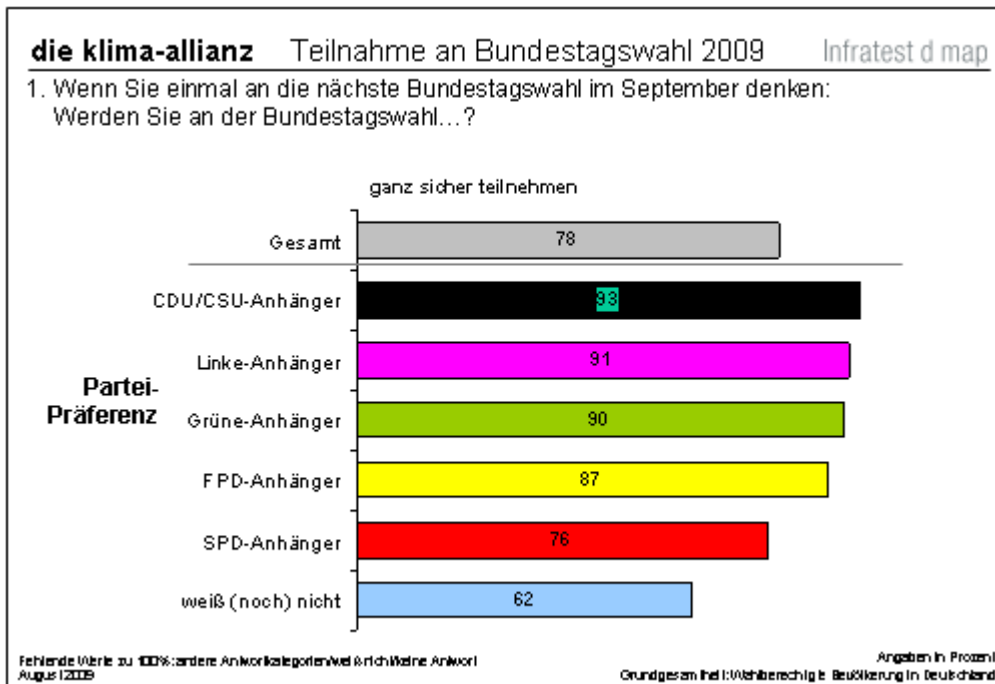


Die Wahlteilnahmebereitschaft ist besonders ausgeprägt bei Personen ab 60 Jahren (84%), bei Befragten mit höherem Schulabschluss (84%), bei den Freiberuflern und Selbständigen (86%) und bei Befragten mit einem Haushaltseinkommen ab 3.000 € (92%).

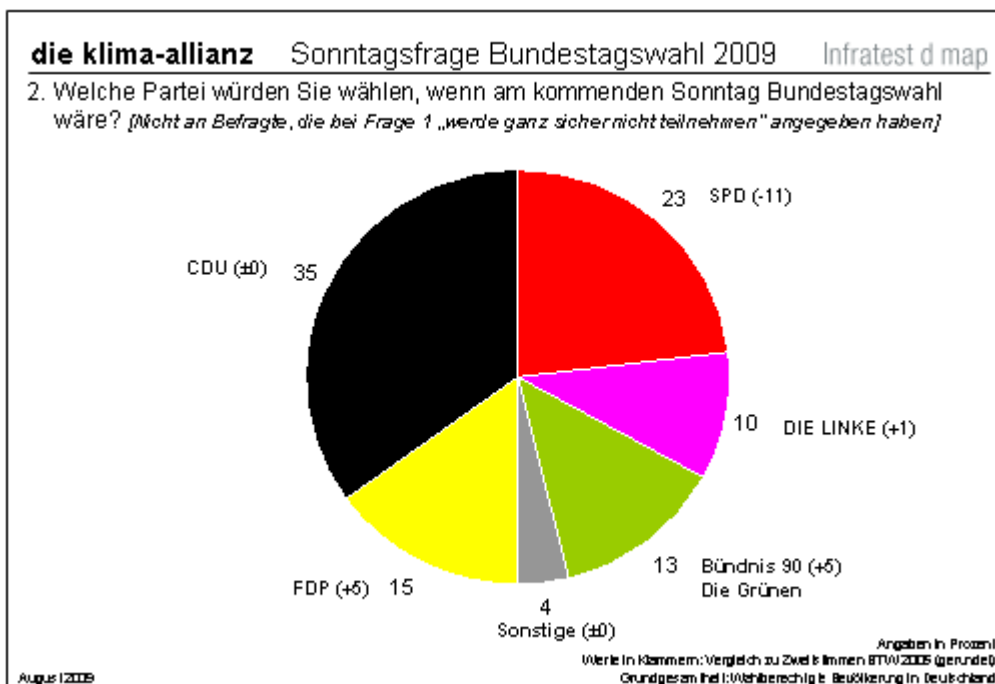
Eine geringe Motivation zur Wahlteilnahme besteht dagegen insbesondere bei den jüngeren Wahlberechtigten im Alter von 18 bis 29 Jahren (63%), bei Personen mit einem Haushalts-Einkommen unter 1.500 € (69%) und bei Arbeitslosen (74%).

14 Prozent der Wahlberechtigten wollen ihre Wahlteilnahme nicht ausschließen. 7% halten ihre Teilnahme für wenig wahrscheinlich oder ausgeschlossen.

Unter den Parteianhängern sind die Wähler der CDU/CSU (93%), der Linken (91%) und der Grünen (90%) besonders motiviert an der Wahl teilzunehmen. Bei den SPD-Anhängern ist die Bereitschaft am 27. September an die Urnen zu treten dagegen am geringsten (76%).



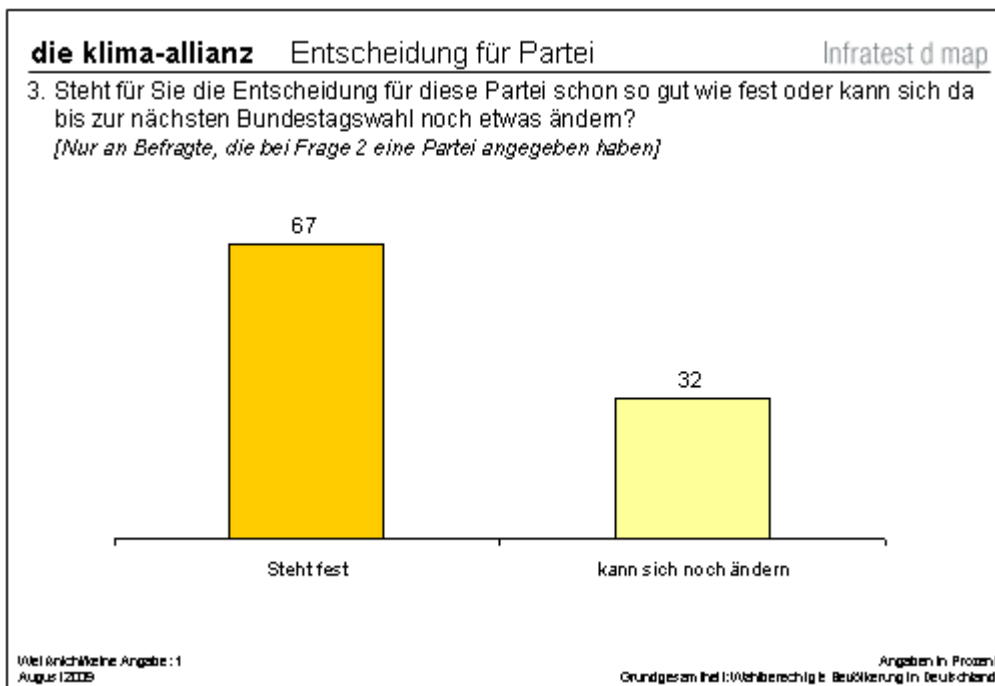
Auf Basis der Zahlen zur Sonntagsfrage ergäbe sich aktuell eine knappe Mehrheit für das bürgerliche Lager aus Union und FDP. 35% der Befragten würden demnach für die CDU/CSU und 15% für die FDP stimmen. Auf die SPD entfielen 23%, auf die Grünen 13% und auf die Linke 10%. Sonstige Parteien erhielten 4%.



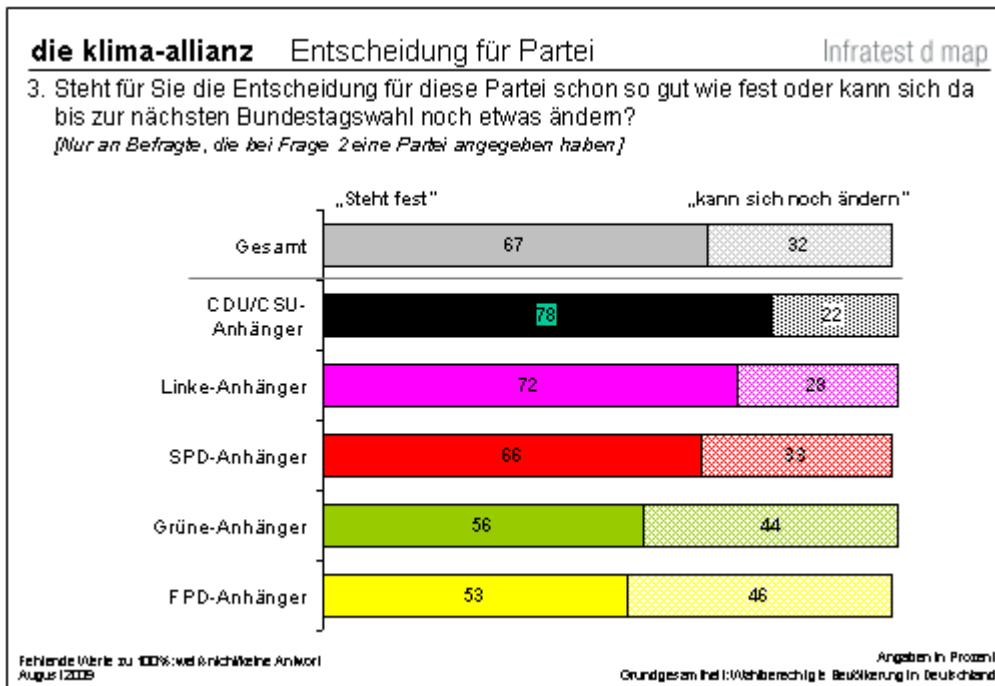
Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Der Anteil der unentschlossenen bzw. unentschiedenen Wahlberechtigten liegt bei 29

Prozent. Die Verunsicherung ist insbesondere bei Personen mit einem Haushaltseinkommen unter 1.500 € (40%) und Arbeitslose (38%) überdurchschnittlich groß. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

Für rund zwei Drittel der Wahlberechtigten, die aktuell eine Parteipräferenz haben (67%), steht die Entscheidung für die jeweilige Partei so gut wie fest. Bei 32% der Befragten mit Parteipräferenz gibt es diesbezüglich jedoch noch Unsicherheiten, dies vor allem bei den jüngeren Wahlberechtigten im Alter von 18 bis 29 Jahre (49%) und bei Arbeitslosen (41%).

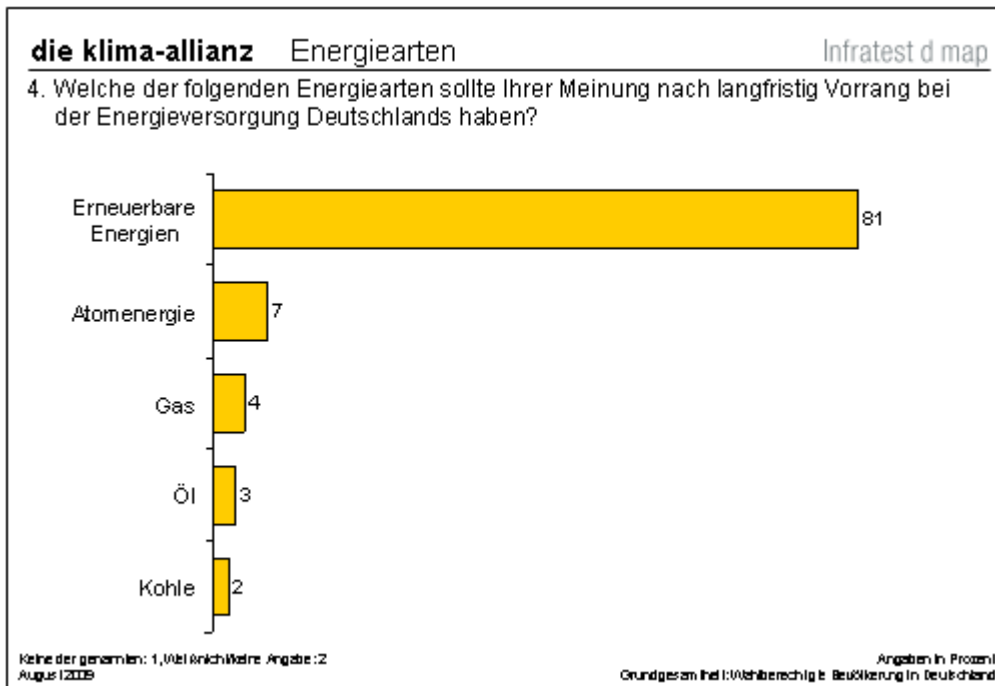


Nach Parteianhängerschaft zeigen sich die Wähler der FDP (46%) und der Grünen (44%) die größte Unentschlossenheit, Anhänger der Union dagegen mit nur 22% die größte Sicherheit.



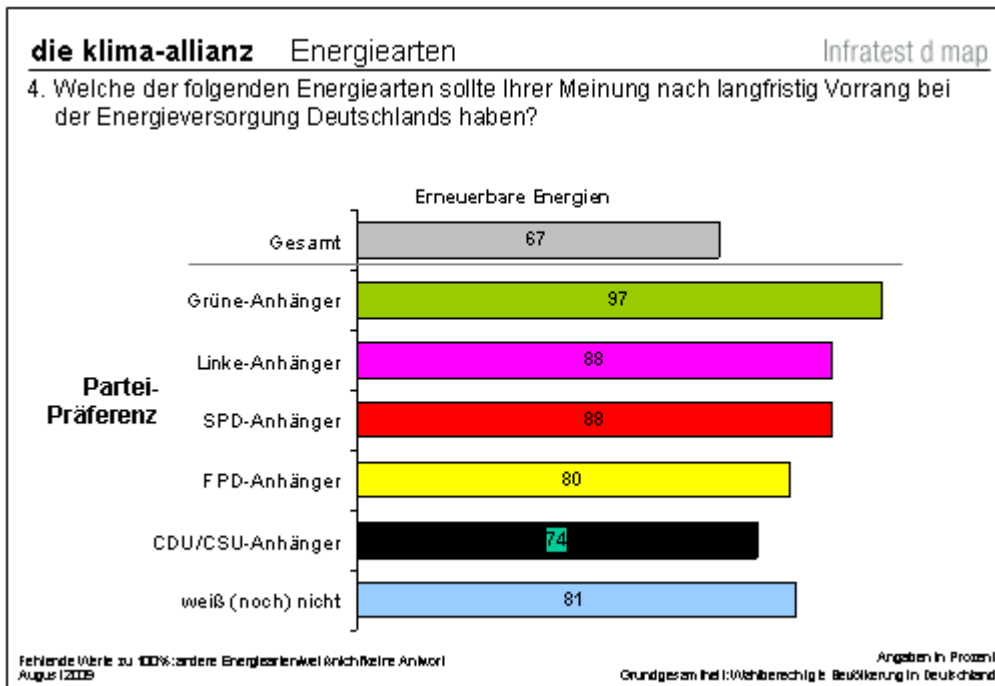
Von den Wählern, die bei der letzten Bundestagswahl für die Union gestimmt haben und nun vorhaben eine andere Partei zu wählen, beabsichtigt die große Mehrheit (60%), die FDP zu wählen. Auf SPD und Grüne entfallen 17% bzw. 11% dieser Stimmen. Einen Wechsel zur Linken erwägt dagegen nur eine Minderheit von 4% der ehemaligen CDU/CSU-Wähler. **Der Abstrom von der SPD verteilt sich dagegen weit gleichmäßiger in alle Richtungen:** Je ein Viertel votiert aktuell für die Union (26%), die Grünen (26%) und die Linken (24%), sowie jeder Fünfte für die FDP (21%).

Die deutliche Mehrheit der Wahlberechtigten (81%) plädiert dafür, dass bei der langfristigen Energieversorgung Deutschlands die erneuerbaren Energien Vorrang haben sollten. Die Atomenergie wird lediglich von 7 % und Gas von 4% favorisiert. Auf die fossilen Energiearten Öl und Kohle setzt nur eine Minderheit von insgesamt 5%.



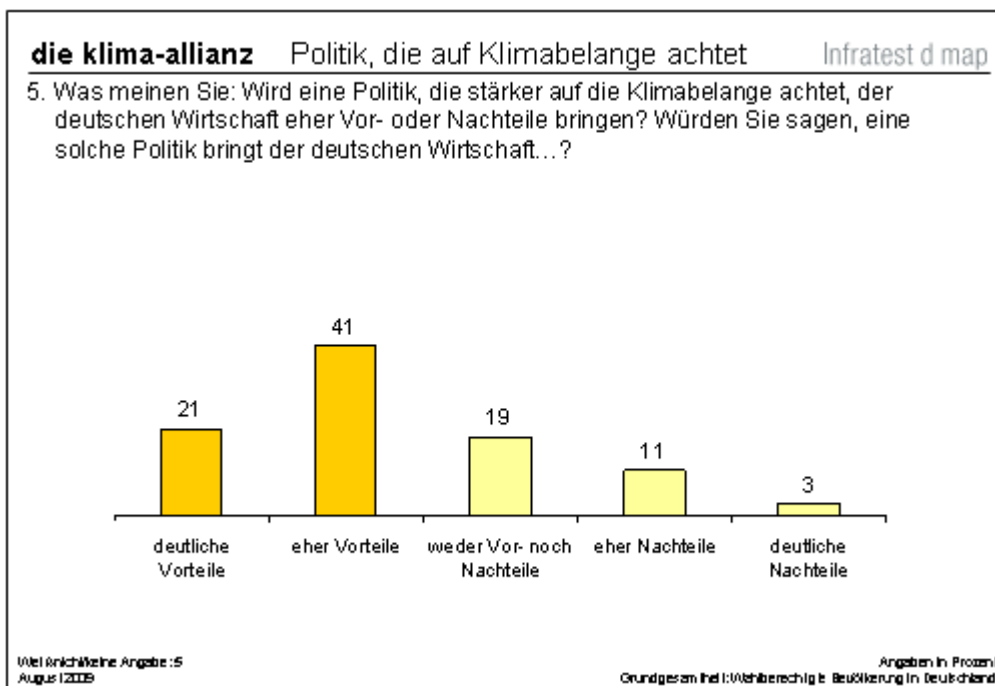
Besonders starke Befürworter der erneuerbaren Energien sind bei 30-44-Jährigen (90%), Personen mit Abitur/Fachhochschulreife (88%), Befragten mit Haushaltseinkommen ab 3.000 € (87%) und Angestellten/Beamten (89%) zu finden. Deutlich verhaltener ist dagegen die Präferenz für die erneuerbaren Energien bei den Wahlberechtigten ab 60 Jahren (74%), Personen mit Haupt-/Volksschulabschluss, Rentnern (74%) und Arbeitern (68%).

Anhänger der Parteien des linken Lagers (Grünen-Anhänger zu 97%, SPD- und Linken-Anhänger jeweils zu 88%) favorisieren überdurchschnittlich häufig die erneuerbaren Energien, wohingegen die Zustimmung von Seiten der Unions-Anhänger mit drei Vierteln (74%) vergleichsweise verhalten ist.



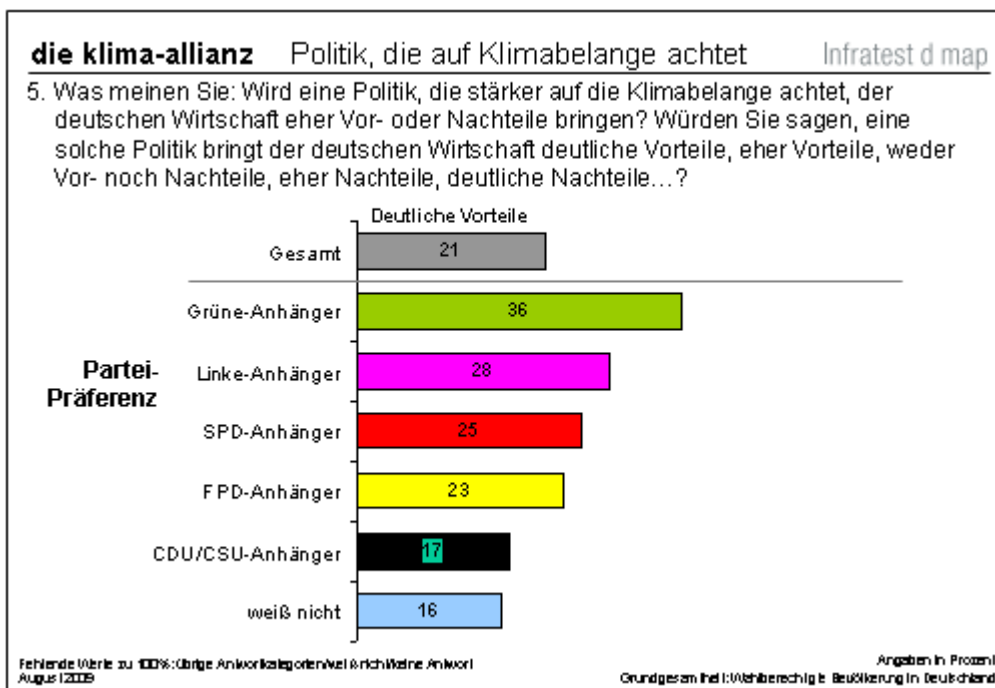
Überdurchschnittlich häufig für erneuerbare Energien sprechen sich auch von der SPD kommenden Wechselwähler (93%) aus.

20% der Wahlberechtigten sind der Ansicht, dass eine Politik, die stärker auf Klimabelange achtet, der deutschen Wirtschaft deutliche Vorteile bringt; weitere 41% erwarten in diesem Zusammenhang eher Vorteile als Nachteile.

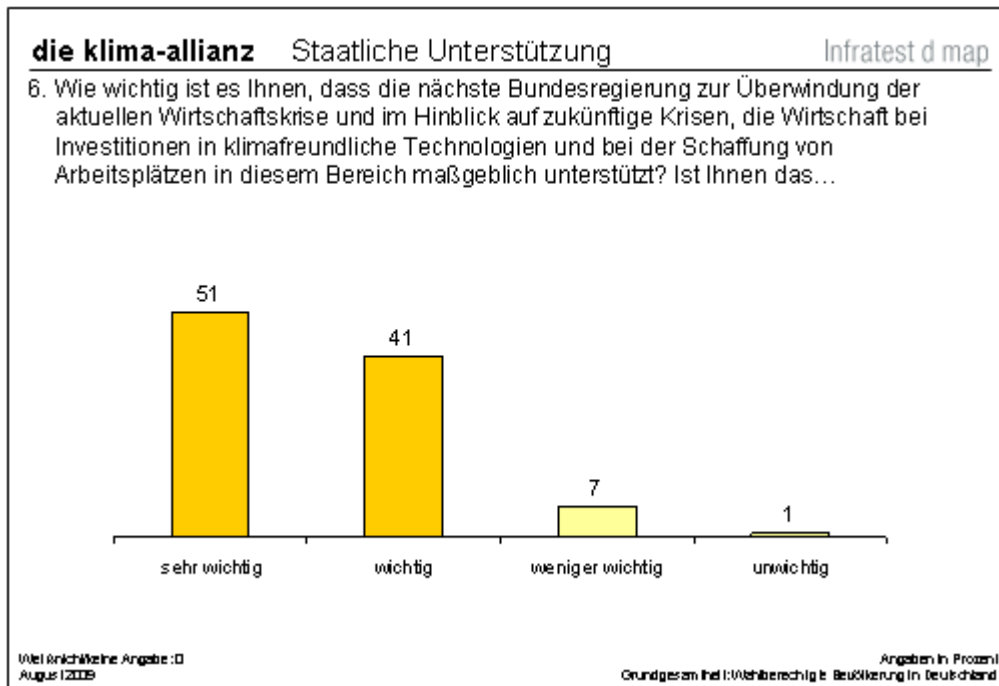


Deutliche Vorteile für die deutsche Wirtschaft sehen insbesondere 30-44Jährige (27%), Männer (27%), Befragte mit Abitur/Fachhochschulreife (28%) und Personen mit Haushaltseinkommen ab 3.000 € (31%), während Personen ab 60 Jahren (15%), Frauen und Rentner (jeweils 16%) und Arbeiter (15%) sich skeptischer zeigen.

Von einer Politik, die stärker auf Klimabelange achtet, erwarten unter der Parteilicherschaft am häufigsten die Anhänger der Grünen (36%) und der Linken (28%) deutliche Vorteile für die Wirtschaft. Die Anhänger der Union sind in diesem Zusammenhang mit 17% am skeptischsten.

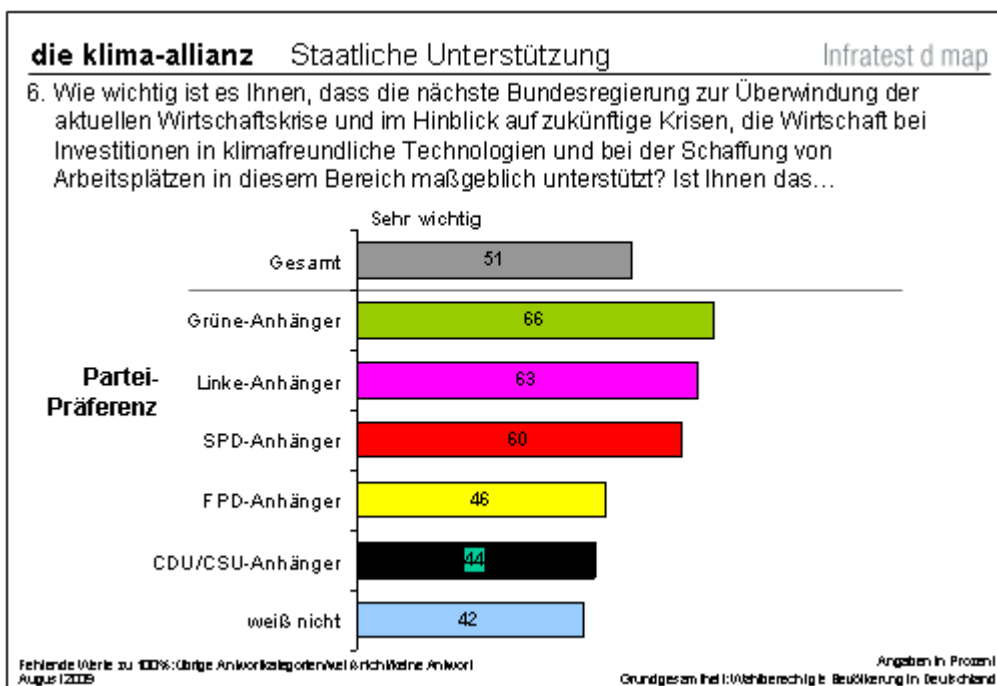


Eine deutliche Mehrheit der Befragten (51%) hält es für sehr wichtig, dass die nächste Bundesregierung zur Überwindung der aktuellen Krise und im Hinblick auf zukünftige Krisen, die Wirtschaft bei Investitionen in klimafreundliche Technologien und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Bereich unterstützt. Weitere 41% stufen diese Art der staatlichen Unterstützung als wichtig ein.

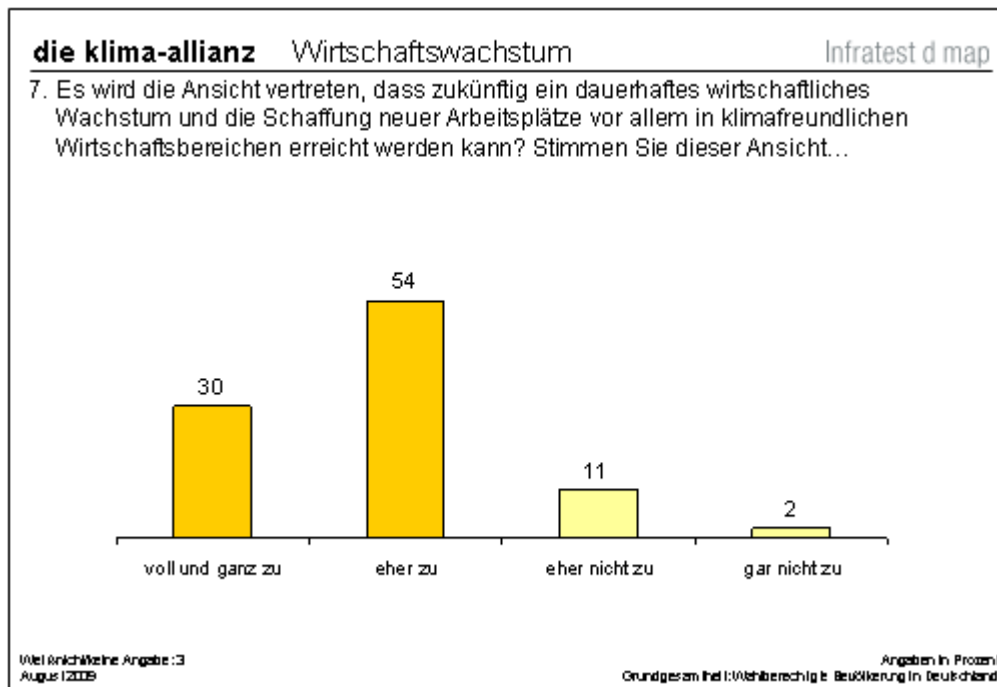


Für sehr wichtig halten dies überdurchschnittlich häufig Befragte ab 60 Jahren, Frauen und Personen mit mittlerem Schulabschluss (jeweils 55%), während dieser Anteil bei Ostdeutschen (44%), Arbeitern (40%) und Freiberuflern/Selbständigen (43%) eher unterdurchschnittlich ist.

Bei den Anhängern des linken Parteispektrum liegt der Anteil derer, die diese staatliche Unterstützung für sehr wichtig halten bei rund zwei Dritteln (Grünen-Anhänger 66%, Linken-Anhänger 63% und SPD-Anhänger 60%). Bei Union und FDP liegen diese Anteile dagegen mit 44% bzw. 46% deutlich darunter.

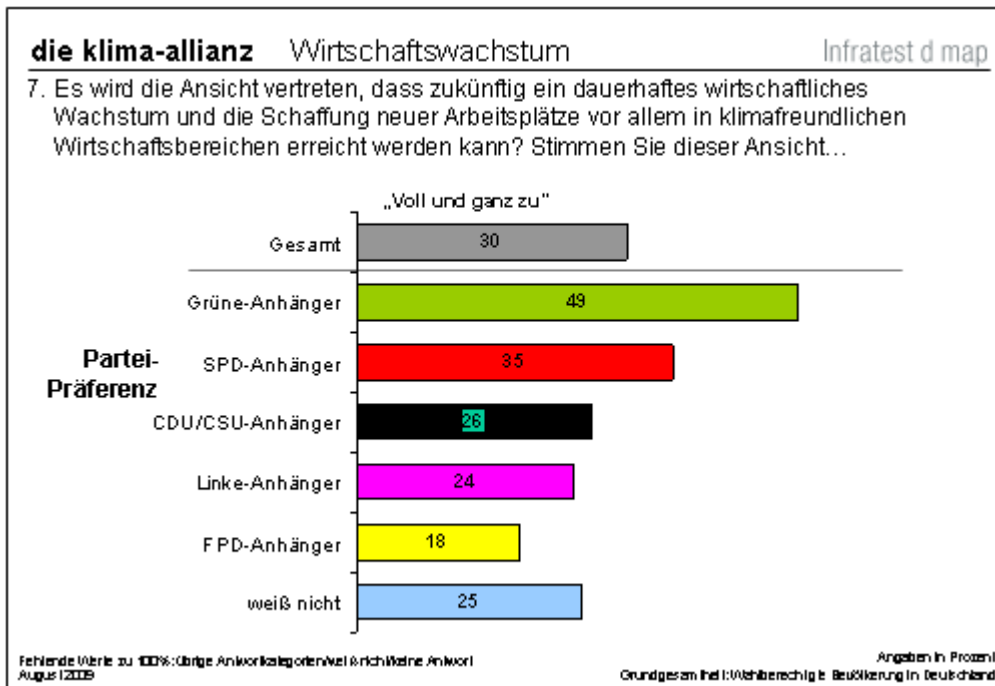


Ein knappes Drittel der Befragten (30%) stimmt der Ansicht voll und ganz zu, dass zukünftig ein dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen vor allem in klimafreundlichen Wirtschaftsbereichen erreicht werden kann. Weitere 54% stimmen dem eher zu, während 13% dieser Meinung ablehnend bzw. eher ablehnend gegenüber stehen.

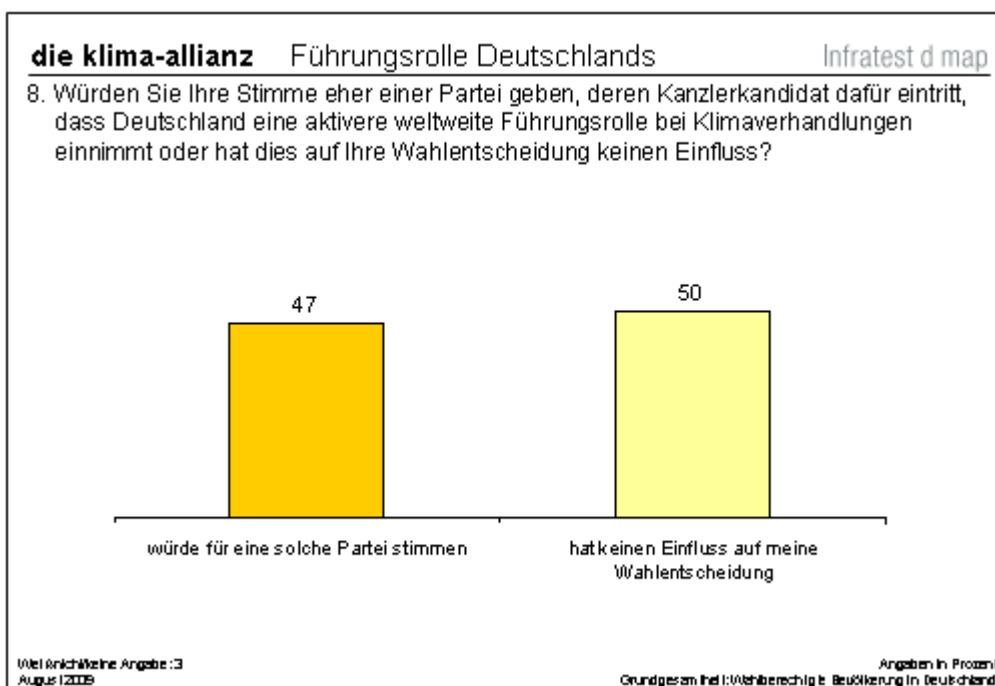


Besonders hohe Zustimmung erfährt diese Aussage bei Personen ab 60 Jahren und Personen mit Haushaltseinkommen ab 3.000 € (stimme voll und ganz zu: jeweils 36%), und bei Rentnern (35%). Dagegen fällt die Zustimmung insbesondere bei Arbeitslosen (14%) äußerst gering aus.

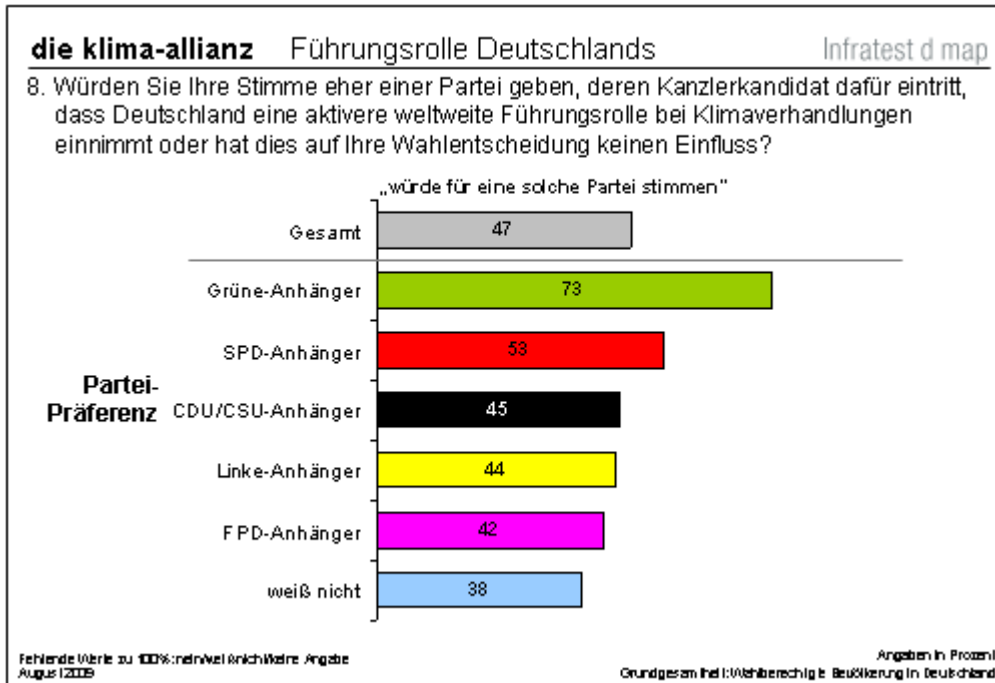
Bei Grünen-Anhängern liegt der Anteil derjenigen, die voll und ganz zustimmen, bei 49%, während er bei FDP-Anhängern mit 18% den niedrigsten Anteil unter der Parteifolgschaft erreicht.



Knapp die Hälfte der Wahlberechtigten (47%) würde für eine Partei stimmen, die dafür eintritt, dass Deutschland eine aktivere weltweite Führungsrolle bei Klimaverhandlungen, wie z.B. der anstehenden Klimakonferenz in Kopenhagen Ende des Jahres, einnimmt. Besonders angesprochen fühlen sich hierbei Personen mit hohem Bildungsniveau (Abitur-/Fachhochschulabschluß: 57%) und jene mit Haushaltseinkommen ab 3.000 € (56%).

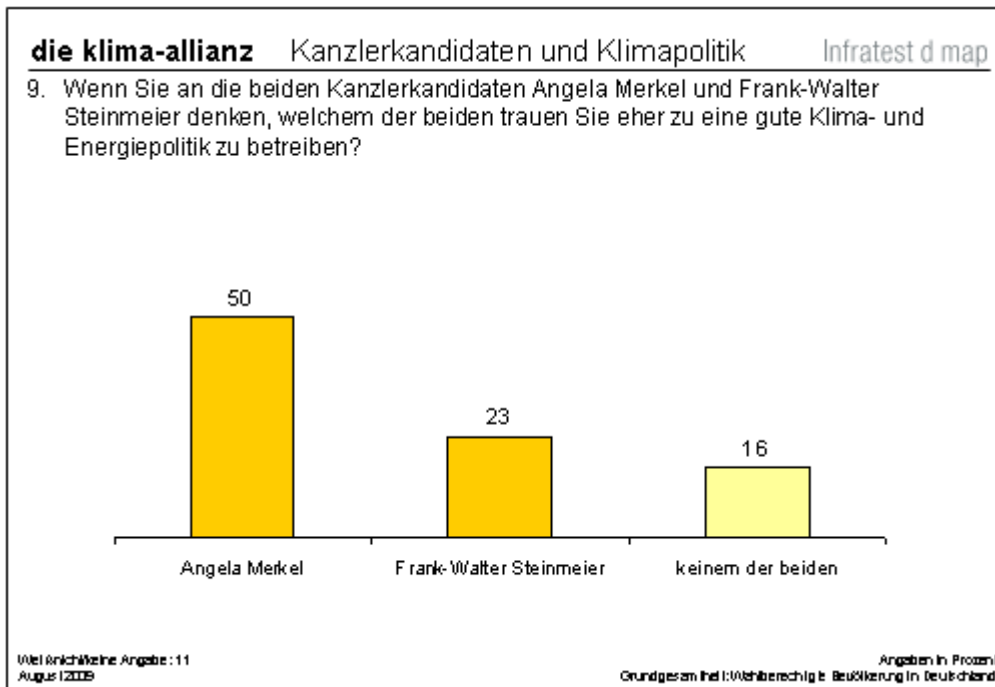


Unter den Parteianhängern stechen hier, mit einem Anteil von drei Vierteln (73%), die Anhänger der Grünen hervor.



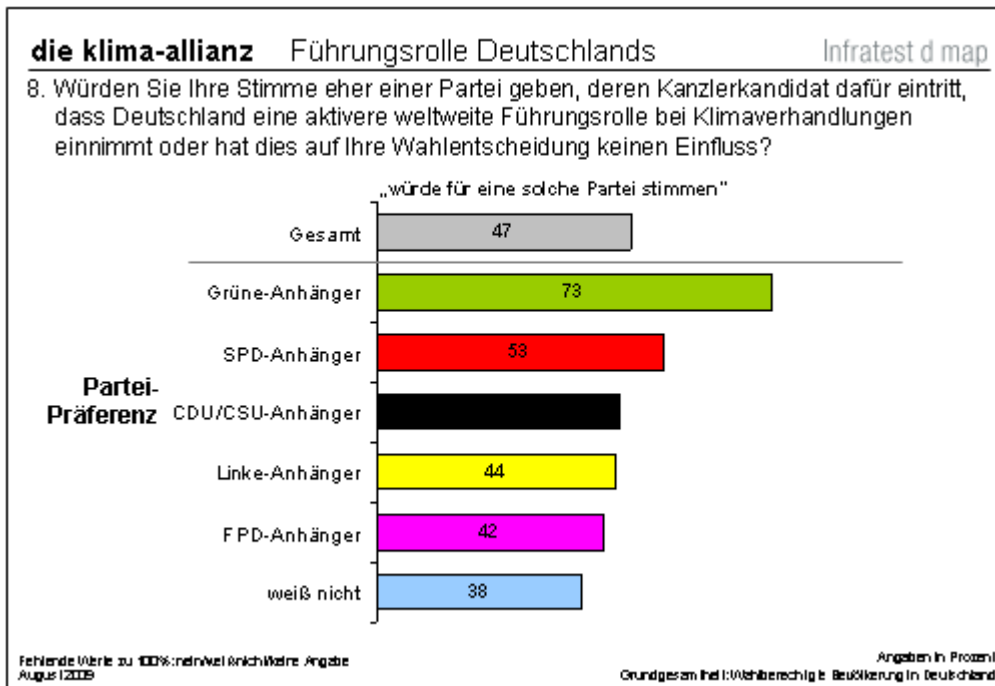
Für die andere Hälfte der Wahlberechtigten (50%) hat dieser Aspekt allerdings keinen Einfluss auf die Wahlentscheidung. Dies gilt insbesondere für Befragte in Ostdeutschland (59%), Arbeitslose (59%) aber auch für Freiberufler/Selbständige (58%).

Angela Merkel wird (50%) eher zugetraut, eine gute Klima- und Energiepolitik zu betreiben als Frank-Walter Steinmeier (23%). Knapp jeder fünfte Befragte traut dies keinem der beiden zu.

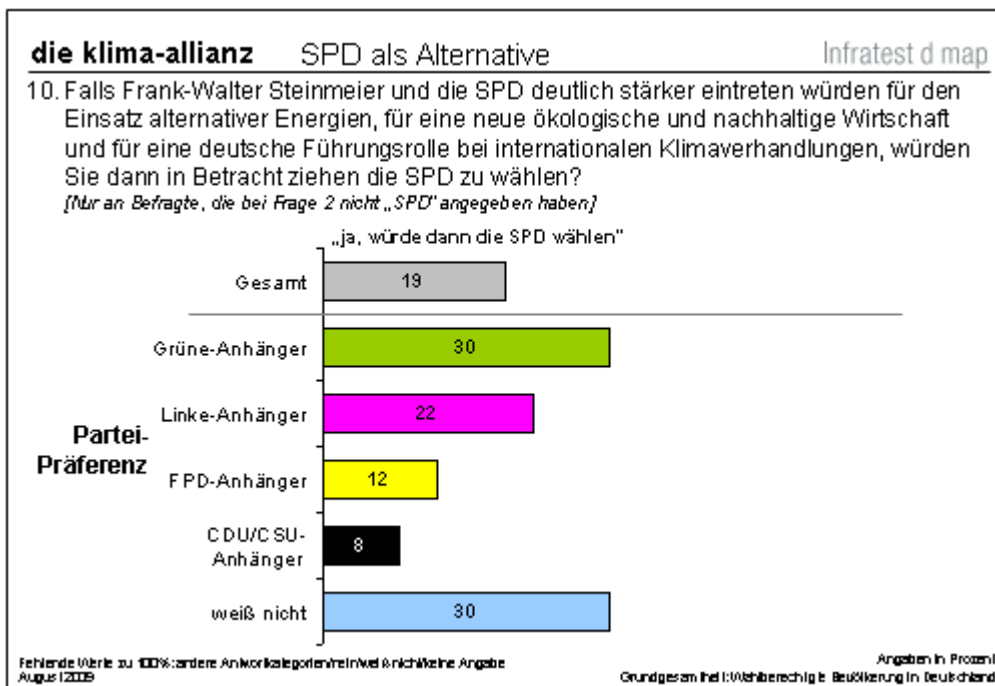
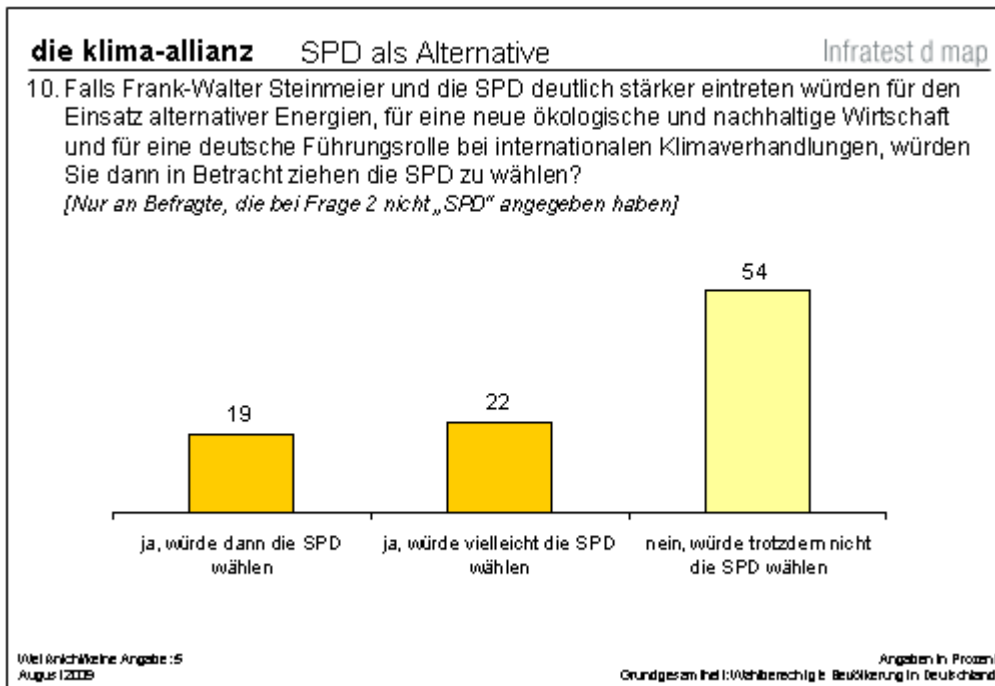


Überdurchschnittlich hohe Zustimmung erfährt Angela Merkel hierbei von Personen ab 60 Jahren (60%) und Rentnern (62%) sowie von Anhängern der Union (85%) und der FDP (59%).

Frank-Walter Steinmeier wird überdurchschnittlich häufig von Wahlberechtigten im Alter von 18-29 Jahren (33%) sowie von Anhängern aus dem linken Lager genannt (SPD-Anhänger: 46%, Grünen-Anhänger: 43%, Linken-Anhänger: 38%).



19% der Befragten, die derzeit eine andere Partei als die SPD präferieren, könnten sich vorstellen bei der kommenden Bundestagswahl die SPD zu wählen, wenn diese und ihr Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier stärker für alternative Energien, eine ökologische Wirtschaft und eine deutsche Führungsrolle bei internationalen Klimaverhandlungen eintreten würden. Weitere 22% würden dies vielleicht unter dieser Prämisse tun. Eine Umertscheidung zugunsten der SPD ist am ehesten vorstellbar für 18-29-Jährige (ja, würde dann die SPD wählen: 24%), Personen mit einem Haushaltseinkommen unter 1.500 € (25%) und Arbeitslose (29%). Eine besonders geringe Neigung für solch einen Wechsel besteht bei Arbeitern (13%). Bei den Parteianhängern reichen die Werte von 8% bei aktuellen CDU-Anhängern bis zu 30% bei Grünen-Anhängern.



Auch bei den Befragten, die derzeit eine andere Partei als die CDU/CSU präferieren, könnten sich 19% vorstellen bei der kommenden Bundestagswahl die Union zu wählen, wenn diese und ihre Kanzlerkandidatin Angela Merkel stärker für alternative Energien, eine ökologische Wirtschaft und eine deutsche Führungsrolle bei internationalen Klimaverhandlungen eintreten würden. Dies vorausgesetzt, würden weitere 20% dieser Befragten sich vielleicht umentscheiden. Am ehesten vorstellbar ist ein solcher Wechsel für Arbeiter (25% sagen ja, würde dann die CDU/CSU wählen) und Personen mit mittlerem Schulabschluss (23%).

Eine besonders geringe Neigung verzeichnen dagegen Freiberufler/Selbständige (13%). Bei den Parteianhängern reichen die Werte von 2% bei den Linken-Anhängern bis zu 23% bei den FDP-Anhängern.

